

Auf Verlangen der FPÖ prüfte der Landesrechnungshof die Leistungen zur

Mängel bei Mindestsicherung

176 Millionen Euro wurden zwischen 2014 und 2018 aus dem Sozialfonds an Mindestsicherungsbezieher ausgezahlt. Die Unterstützung wurde jährlich von rund 15.100 Empfängern in Anspruch genommen. 60 Prozent waren zwischen 16 und 60 Jahre alt, 55 Prozent bezogen für 29 Monate finanzielle Hilfe des Staats.



Brigitte Egger-Bargehr (l.) präsentierte Fakten und Zahlen

Keine größeren Fehler oder Vergehen, aber durchaus Verbesserungsbedarf sieht Rechnungshof-Direktorin Brigitte Egger-Bargehr bei der Abwicklung der Mindestsicherung. Von Oktober 2019 bis Mai 2020 hatten die Rechnungshofprüfer die zuständigen Einrichtungen genauer unter die Lupe genommen – und dabei auch 100 „auffällige“ Akten gesichtet. „Wir haben festgestellt, dass die Bediensteten sehr engagiert sind, haben aber auch einige Schwachstellen entdeckt“, berichtete Egger-Bargehr. So hätte der eine oder andere Bearbeitungsfehler zu höheren Ausgaben geführt. Durch einen Tippfehler etwa hatte sich in einem Fall der Leistungsanspruch verlängert. 7000 Euro wurden zu

viel ausgezahlt. In einem anderen Fall wurden 900 Euro zu Ungunsten eines Empfängers verrechnet.

Von Bezirk zu Bezirk unterschiedlich war auch die Bewilligung von Sonderanschaffungen wie beispielsweise Möbeln. Hier wünscht sich Egger-Bargehr einheitliche Richtlinien.

Insgesamt gab das Rechnungshof-Team 40 Empfehlungen ab, die für Verbesserungen im Vollzug, bei der Koordination und auch der



Wir konnten Verbesserungspotenzial im Bereich des Vollzugs, der Koordination und der Datenlage identifizieren.

Brigitte Egger-Bargehr, Direktorin LRH

Existenzsicherung geortet

Datenlage sorgen sollen. Ein Teil der Empfehlungen wurde bereits umgesetzt.

Bei der FPÖ, deren Abgeordnete die Sonderprüfung verlangt hatten, ortete Klubobmann Christof Bitsch „eklatante Mängel“ im System. „Wenn mittlerweile fast 60 Prozent der Mindestsicherungsbezieher Nicht-Österreicher sind, dann zeigt das eindeutig, wie falsch die Ausgestaltung der schwarz-grünen Mindestsicherung ist“, meinte er.

Ganz anders bewertete Soziallandesrätin Katharina Wiesflecker (Grüne) den Bericht. Dieser stelle den Mitarbeitern ein gutes Zeugnis aus. Die Leistungen zur Existenzsicherung würden als letztes soziales Auffangnetz Menschen in Notlagen unterstützen.



Spatenstich für die Modernisierung des Kraftwerks Spullersee! 31 Millionen Euro investieren die ÖBB in den Umbau des E-Werks auf über 1800 Metern Seehöhe. Mit

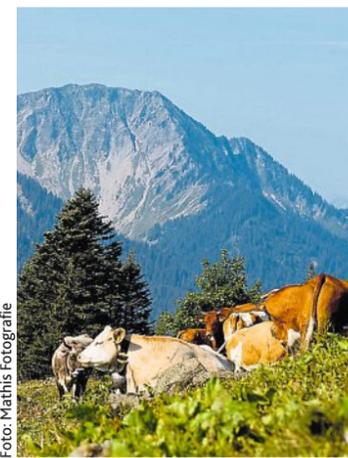
dem Abschluss der aufwändigen Umbauarbeiten im Jahr 2022 soll dann das gesamte Vorarlberger Schienennetz mit grünem Ökostrom versorgt werden können.

Unternehmen Blum belegt Spitzenplatz

Sehr patent: Vorarlberg ist das Land der Erfinder

Unternehmergeist, Hands-on-Mentalität und Innovationskraft: Diese Schlagwörter werden von Industrie und Wirtschaft gerne gebraucht, um Vorarlberg zu beschreiben. Eine Auswertung der Patentanmeldungen für 2019 legt nun nahe, dass es

sich dabei nicht um bloße Worthülsen handelt, denn Österreichweit hat das Ländle die höchste Patentdichte pro Einwohner. Gemessen an der Zahl der Patentanmeldungen am innovativsten war der Betschlägeriese Blum mit stolzen 79 „Erfindungen“.



Alpenidyll in Vorarlberg

Landwirtschaft

Fokus

Aktueller Vorarlberger Land- und Forstwirtschaftsbericht zeigt anhaltende Investitionsbereitschaft in den landwirtschaftlichen Betrieben und die stabilen Zahlen in der Alpwirtschaft. Land investierte jährlich zwischen 34 und 37,5 Millionen Euro.

Rund 75 Prozent der Vorarlberger Landschaft – vom Talgebiet bis in die Bergregionen – werden durch die Arbeit der Bauernfamilien geprägt. Der neue Land- und Forstwirtschaftsbericht dokumentiert die Leistungen der 3500 Bäuerinnen und Bauern sowie über 6000 Forstwirten in Vorarlberg in den vergangenen drei Jahren. Wie in den Jahren davor war das Land Vorarlberg im

wichtiger Bestandteil bei regionaler Lebensmittelversorgung auch in Coronakrise

auf Regionalität und Qualität

Berichtszeitraum mit jährlich zwischen 34 und 37,5 Millionen Euro der stärkste Finanzierungspartner, die EU hat 32 bis 33 Millionen Euro pro Jahr beigesteuert, während sich der Bundesanteil entsprechend dem mehrjährigen Trend bei rund zehn bis zwölf Millionen Euro einpendelte.

Durch den punktgenauen Einsatz der Landesmittel werde der eigene Gestaltungsspielraum genutzt, um Maßnahmen im Sinne des Tierwohls, der naturnahen Bewirtschaftung und einer Abfederung der erschwerten Einkommenssituation im Berggebiet zu setzen, erläuterte Abteilungsleiter Günter Osl.

Als einen Schwerpunkt der „Landwirtschaft.Le-

ben“-Strategie hob der zuständige Landesrat Christian Gantner die Hinwendung zu regionaler Vielfalt in der Gemeinschaftspflege hervor. Der Regierungsbeschluss „Regionalität in aller Munde“ und die landeseigene Initiative „Vorarlberg am Teller“ würden darauf abzielen, den Einsatz regionaler Lebensmittel in öffentlichen Einrichtungen, Landesküchen, Schulen, Kindergärten, Pflegeheimen und Krankenhäusern zu erhöhen.

Weitere positive Aspekte seien die anhaltende Investitionsbereitschaft in den Betrieben und die stabilen Zahlen in der Alpwirtschaft. Jedes Jahr verbringen gut 39.000 Tiere den Sommer auf den rund 520 Alpen.



Auf dem Gutshof Mittelweiherburg in Hard präsentierte Landesrat Gantner (2. v. l.) den Land- und Forstwirtschaftsbericht.

Kilometerlange Lkw-Staus sollen endlich ein Ende haben

Maßnahmen gegen Stau in Wolfurt

Das Zollamt Wolfurt geriet zuletzt in die Kritik, nachdem sich Tag für Tag die abzufertigenden Lkw oft bis zur Autobahnauffahrt Dornbirn Nord stauten. Nun soll dieser untragbare Zustand bald ein

Ende haben. In einem Pilotprojekt werden die Öffnungszeiten des Amtes ab 6. Juli ausgeweitet, zudem werden die Schalter wieder mit Mitarbeitern besetzt. Die behelfsmäßige Abfertigung per E-Mail ist somit

hinfällig. Michael Zimmermann, WKV-Spartenobmann für Transport und Verkehr, rechnet damit, dass die gesetzten Maßnahmen unmittelbar die Verkehrslage in der Region entschärfen werden.